

Mitgliederzeitschrift für die Bediensteten des Justizvollzugs

# Der VOLLZUGSDIENST

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands



dbb  
beamtenebund  
und tarifunion



3 | 2 0 2 5  
72. Jahrgang

## Neue Bundesregierung, neue Herausforderungen

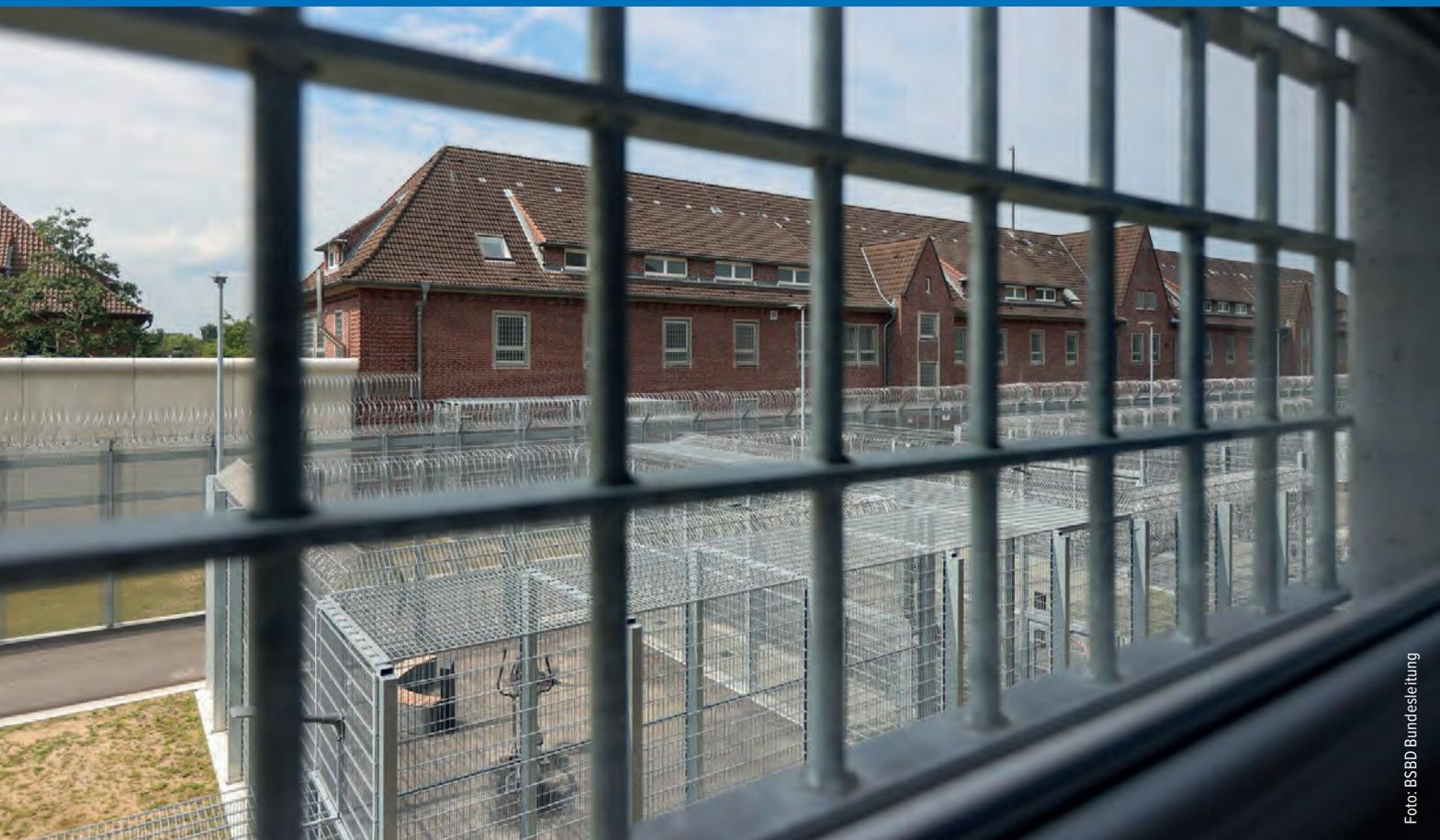


Foto: BSBD Bundesleitung

René Müller, BSBD Bundesvorsitzender

# Wer wirklich Sicherheit will, muss den Vollzug mitdenken!



# STUV ACADEMY

Sicherheit verstehen. Verantwortung übernehmen.

Praxisorientierte Qualifizierung für die verantwortungsvolle Tätigkeit als Schlossbeauftragte:r – in unseren bewährten Seminaren erwerben Sie fundiertes Fachwissen rund um Schließsysteme, Zutrittsorganisation und die Rolle der Schlossbeauftragten in öffentlichen Einrichtungen.

Jetzt informieren und direkt anmelden: [www.stuv.de/stuv-academy](http://www.stuv.de/stuv-academy)

Mitglied im  
 dbb beamtenbund und tarifunion  
 Europäische Union der  
 Unabhängigen Gewerkschaften  
 (CESI)



<b>Bundvorsitzender</b>	René Müller	rene.mueller@bsbd-bund.de <a href="http://www.bsbd.de">www.bsbd.de</a>
<b>Stellv. Bundvorsitzender</b>	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd-bund.de
<b>Stellv. Bundvorsitzender</b>	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd-bund.de
<b>Stellv. Bundvorsitzender</b>	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd-bund.de
<b>Stellv. Bundvorsitzende</b>	Dörthe Kleemann	doerthe.kleemann@bsbd-bund.de
<b>Stellv. Bundvorsitzender</b>		
<b>Schriftleitung</b>	Martin Kalt	<a href="mailto:martin.kalt@bsbd-bund.de">martin.kalt@bsbd-bund.de</a>
<b>Geschäftsstelle:</b>	<b>Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands</b> Waldweg 50 · 21717 Deinste · <a href="mailto:post@bsbd.de">post@bsbd.de</a>	

Landesverbände	Vorsitzende	
<b>Baden-Württemberg</b>	Michael Schwarz	bsbdschwarz@web.de <a href="http://www.bsbd-bw.de">www.bsbd-bw.de</a>
<b>Bayern</b>	Alexander Sammer	post@jvb-bayern.de <a href="http://www.jvb-bayern.de">www.jvb-bayern.de</a>
<b>Berlin</b>	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de <a href="http://www.bsbd-berlin.de">www.bsbd-berlin.de</a>
<b>Brandenburg</b>	Dörthe Kleemann	geschaeftsstelle@bsbd-brb.de <a href="http://www.bsbd-brb.de">www.bsbd-brb.de</a>
<b>Bremen</b>	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
<b>Hamburg</b>	René Müller	rene.mueller@lvhs-hamburg.de <a href="http://www.lvhs-hamburg.de">www.lvhs-hamburg.de</a>
<b>Hessen</b>	Wilma Volkenand	vorsitzende@bsbd-hessen.de <a href="http://www.bsbd-hessen.de">www.bsbd-hessen.de</a>
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	Matthias Nicolay	mpaape@onlinehome.de <a href="http://www.bsbd-mv.de">www.bsbd-mv.de</a>
<b>Niedersachsen</b>	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de <a href="http://www.vnsb.de">www.vnsb.de</a>
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	Horst Butschinek	info@bsbd-nrw.de <a href="http://www.bsbd-nrw.de">www.bsbd-nrw.de</a>
<b>Rheinland-Pfalz</b>	Mark Schallmo Stefan Wagner	mail@bsbd-rlp.de <a href="http://www.bsbd-rlp.de">www.bsbd-rlp.de</a>
<b>Saarland</b>	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
<b>Sachsen</b>	Thomas Porr	thomas.porr@bsbd-sachsen.de <a href="http://www.bsbd-sachsen.de">www.bsbd-sachsen.de</a>
<b>Sachsen-Anhalt</b>	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-lsa.de <a href="http://www.bsbd-lsa.de">www.bsbd-lsa.de</a>
<b>Schleswig-Holstein</b>	Henry Malonn	malonn@bsbd-sh.de <a href="http://www.bsbdsh.de">www.bsbdsh.de</a>
<b>Thüringen</b>	Ronny Rüdiger	post@bsbd-thueringen.de <a href="http://www.bsbd-thueringen.de">www.bsbd-thueringen.de</a>

### REDAKTIONSSCHLUSS

Ausgabe 4+5 - 2025: ▶▶▶ 12. September 2025

### ERSCHEINUNGSTERMIN

Ausgabe 4 - 2025: ▶▶▶ 16. Oktober 2025

## BUNDESHAUPTVORSTAND

Erwartungen des BSBD an die neue Bundesregierung **4**

Angriff auf das Berufsbeamtentum **5**

Tarifverhandlungen 2025 **6**



Seminar für Senioren **7**

Rätselspaß **8**

Lösungen aus 1/2025 **9**

## LANDESVERBÄNDE

Baden-Württemberg **11**

Bayern **20**

Berlin **26**

Brandenburg **30**

Hamburg **36**

Hessen **46**

Mecklenburg-Vorpommern **58**

Niedersachsen **59**

Nordrhein-Westfalen **67**

Rheinland-Pfalz **81**

Saarland **86**

Sachsen **95**

Sachsen-Anhalt **99**

Schleswig-Holstein **103**

Thüringen **113**

Impressum **115**

# Wer Sicherheit will, muss den Vollzug mitdenken

## Erwartungen des BSBD an die neue Bundesregierung

Die systemrelevante Arbeit im deutschen Justizvollzug findet tagtäglich unter schwierigen Bedingungen statt – und dennoch meist unbeachtet von der Öffentlichkeit. Dabei sind es die Beschäftigten in den Justizvollzugsanstalten, die mit ihrer Arbeit einen unverzichtbaren Beitrag zur Sicherheit und Stabilität unseres Landes leisten. Es ist an der Zeit, das öffentliche und politische Bewusstsein für diese Leistungen zu schärfen.

Die Kolleginnen und Kollegen im Vollzug sind nicht nur für die Bewachung von Gefangenen verantwortlich. Sie sind Krisenmanager, Konfliktlöser, Resozialisierungsbegleiter, Ansprechpartner in psychischen Ausnahmesituationen – und oftmals der letzte menschliche Kontakt für Menschen, die den Bezug zur Gesellschaft verloren haben. Diese Arbeit erfordert ein hohes Maß an Verantwortung, Professionalität und Belastbarkeit. Und sie geschieht fast vollständig im Verborgenen.

Gerade die Betreuung von suizidgefährdeten oder psychisch erkrankten Gefangenen sowie der Umgang mit gewaltbereiten, radikalisierten oder extremistischen Insassen verlangt Fähigkeiten, die weit über klassische Sicherheitsaufgaben hinausgehen – Tag für Tag, Schicht für Schicht.

### BSBD appelliert an Bundesregierung: Verantwortung übernehmen

Umso unverständlicher ist es, dass der Justizvollzug im aktuellen Koalitionsvertrag und insbesondere im sogenannten „Sicherheitspaket“ der Bundesregierung keine Erwähnung findet. Obwohl es dort um innere Sicherheit, Extremismusbekämpfung, Gefährderstrategien und eine effektivere Strafverfolgung geht, bleibt ausgerechnet jener Bereich ungenannt, der diese Urteile am Ende tagtäglich vollzieht und umsetzt: der Strafvollzug.

Diese Leerstelle ist aus Sicht des BSBD nicht nur enttäuschend, sondern politisch fahrlässig. Denn ohne einen funktionierenden Justizvollzug bleibt jeder sicherheitspolitische Plan Stückwerk. Wer wirklich Sicherheit will, muss den Vollzug mitdenken – in der Gesetzgebung, in der Finanzierung und im politischen Diskurs.

Der Bundesvorsitzende des BSBD, René Müller, hat daher schriftlich Kontakt zum



Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, Dr. Stefanie Hubig

neuen Bundeskanzler Friedrich Merz und zur Bundesjustizministerin Stefanie Hubig aufgenommen. Neben seinen Glückwünschen zur Wahl weist er in seinem Schreiben auf die zahlreichen Herausforderungen und Belastungen im Strafvollzug hin und mahnt konkrete Unterstützung an – auf Bundesebene im Schulterschluss mit den Landesjustizministerien.

Gleichzeitig hat der BSBD seine Gesprächsbereitschaft ausdrücklich angeboten, um seine umfangreiche fachliche Expertise in den politischen Dialog einzubringen. Gerade mit Blick auf die neue Bundesjustizministerin Stefanie Hubig (SPD) verbindet der BSBD die Hoffnung, dass eine offenere und konstruktivere Zusammenarbeit möglich wird als unter ihrem Vorgänger, der den Austausch mit den Fachvertretungen des Vollzugs weitgehend vermissen ließ.

### Keine zusätzlichen Belastungen durch Asylpolitik und Abschiebehaft

Mit Nachdruck macht der BSBD außerdem deutlich: Verschärfungen in der Asyl- und Abschiebepolitik dürfen nicht zu zusätzlichen Belastungen im Strafvollzug führen. Die Ausweitung von Abschiebehaft oder verlängerte Inhaftierungszeiten dürfen nicht zu einer Verlagerung in den regulären Strafvollzug führen – weder personell noch infrastrukturell sind die Anstalten dafür ausgelegt.

Abschiebehaft ist kein Strafvollzug und muss auch getrennt davon organisiert werden. Der Strafvollzug darf nicht als Auffang-

becken für migrationspolitische Versäumnisse dienen. Eine klare Trennung beider Bereiche ist unabdingbar, ebenso wie zusätzliche Mittel für mögliche Sonderstrukturen außerhalb des Strafvollzugs.

### Bundesvollzug für Hochrisikofälle gefordert

Ein weiteres zentrales Anliegen des BSBD bleibt die Einrichtung eines Bundesgefängnisses für Gefährder, Terroristen und extremistische Hochrisikotraftäter. Diese Personen stellen in den Landesvollzugsanstalten ein Sicherheitsrisiko dar und binden enorme Ressourcen. Ein Bundesvollzug für diese Fälle wäre eine längst überfällige strukturelle Entlastung für die Länder und ein sicherheitspolitisch gebotener Schritt. Der BSBD fordert klare Schritte: eine faire Bezahlung, bessere Arbeitsbedingungen, moderne Ausstattung, zeitgemäße Personalschlüssel und vor allem politische Anerkennung. Der Justizvollzug kann nur funktionieren, wenn die Politik ihn ernst nimmt und unterstützt – mit Worten und mit Taten. Der Strafvollzug ist ein Teil des Fundaments für den Rechtsstaat. Wer Sicherheit, Prävention und gesellschaftliche Rückführung ernst meint, muss den Strafvollzug auch auf bundespolitischer Ebene einbeziehen. Der BSBD wird weiter dafür kämpfen, dass die stillen Leistungen hinter Mauern gesehen, gewürdigt und gestärkt werden.

Systemrelevanz ist keine Frage der Sichtbarkeit, sondern der Verantwortung. ■

# Angriff auf das Berufsbeamtentum

## Kritik des BSBD zu Aussagen zur Rentenversicherungspflicht für Beamte

Mit großer Sorge und deutlicher Ablehnung nehmen wir, der Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD), die jüngsten Aussagen von Bundesarbeits- und Sozialministerin Bärbel Bas zur Kenntnis, wonach Beamte künftig in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen sollen. Diese Forderung ist nicht nur sachlich unbegründet, sondern sie stellt auch einen direkten Angriff auf das bewährte Berufsbeamtentum und die besonderen Herausforderungen unseres Dienstes dar.

Beamte, insbesondere im Strafvollzug, übernehmen Aufgaben, die mit außerordentlichen Belastungen, Gefahren und hohen persönlichen Anforderungen einhergehen. Wir arbeiten im Schichtdienst, an Wochenenden und Feiertagen – und das in einer hochbelasteten, sicherheitsrelevanten Umgebung mit ständiger Konfrontation mit Gewalt, Bedrohungen und psychischer Belastung. Die Annahme, dass wir „privilegiert“ seien, ignoriert diese Realität auf sträfliche Weise.

Das deutsche Beamtensystem basiert auf dem Alimentationsprinzip. Beamte verzichten auf das Streikrecht, unterliegen besonderen Treuepflichten und dürfen sich ihre Arbeitsstelle nicht frei wählen – im Gegenzug verpflichtet sich der Staat, sie lebenslang angemessen zu alimentieren, also zu besolden und im Alter durch eine Pension abzusichern. Diese Struktur ist kein „Schlupfloch“, sondern ein rechtsstaatlich legitimes und bewährtes System, das Beamte als Teil der hoheitlichen Staatsstruktur absichert.

Die gesetzliche Rentenversicherung wird zu einem erheblichen Teil durch sogenannte versicherungsfremde Leistungen belas-



René Müller, BSBD-Bundesvorsitzender

tet – etwa die Mütterrente oder Rentenzahlungen für Zeiten der Arbeitslosigkeit. Es ist irreführend zu behaupten, die Einbeziehung der Beamten würde die gesetzliche Rentenkasse sanieren helfen. Im Gegenteil: Die Einzahlungen würden langfristig durch hohe Rentenzahlungen wieder aufgezehrt – ein Nullsummenspiel mit enormem bürokratischem und finanziellem Aufwand.

Die pauschale Forderung, alle Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung zu überführen, stellt einen massiven Systembruch dar. Sie wäre auch mit erheblichen Übergangskosten verbunden. Rücklagen müssten gebildet, Übergangssysteme geschaffen und bestehende Ansprüche berücksichtigt werden.

Schon heute ist der Strafvollzug durch massive Personalnot und einen alarmierenden Nachwuchsmangel gekennzeichnet.

Die Aussicht, bei gleichzeitigem Wegfall von Pensionsansprüchen künftig unter denselben gefährlichen Bedingungen zu arbeiten, würde den Beruf noch unattraktiver machen. Wir brauchen Anreize für junge Menschen, diesen wichtigen Dienst am Rechtsstaat zu übernehmen – keine Abschreckungspolitik.

Die Aussagen von Bundesministerin Bärbel Bas zur Einführung einer Rentenversicherungspflicht für Beamte sind populistisch, kurzsichtig und gefährlich.

Wer den Rechtsstaat stärken will, darf seine tragenden Säulen – wie den Strafvollzugsdienst – nicht schwächen, sondern muss sie stützen, respektieren und angemessen alimentieren.

René Müller, Bundesvorsitzender

- ( Your system has a serious problem and needs to be restarted. We only collect all error information and then tray again to restart the system. Wish us luck ...

**BSBD**  
Gewerkschaft Strafvollzug

Die Angehörigen des deutschen Justizvollzuges halten das System am Laufen...

Schon mal darüber nachgedacht?

DEINE GEWERKSCHAFT - DEINE ZUKUNFT

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

**Unser Versprechen:** „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen. Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.



Top-Finanz.de • Nulltarif-☎ 0800-33 10 332  
Klaus Wendholt • Unabhängige Kapitalvermittlung • Prälathöing-Str. 19 • 46325 Borken

# Gemeinsam stark für die Tarifverhandlungen 2025

## Gemeinsam stark – jetzt ist der Moment!

**Die Tarifverhandlungen 2025 stehen unmittelbar bevor, und es geht um mehr als Zahlen auf dem Papier – es geht um unsere Zukunft, unsere Arbeitsbedingungen und unsere Wertschätzung!**

Vom 14. bis 16. April 2025 haben sich die Tarifvertreter der Bundesländer im Hotel Park Soltau intensiv vorbereitet. Mit Entschlossenheit und einer klaren Vision haben wir unsere Positionen geschärft, um in den kommenden Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) entschlossen aufzutreten. Der TVöD-Abschluss gibt uns eine Richtung vor, aber wir wissen: Der TV-L muss noch mehr für uns leisten – ab September 2025 kämpfen wir dafür!

Als eine von 43 Fachgewerkschaften sind wir Teil einer starken Bewegung. Jede Fachgewerkschaft verfolgt das Ziel, das Beste für ihre Mitglieder zu erreichen – und wir tun das mit Nachdruck! Wir kennen den Unterschied zwischen Tarifpflege und Tarifverhandlungen, doch deine Anliegen werden nicht übersehen – sie fließen direkt in unsere Forderungen ein.

Deine Stimme zählt! Rückmeldungen und Kritik aus den Reihen der Tarifvertreter sind für uns wesentlich. Sie zeigen uns, wo wir noch entschlossener auftreten müssen, und helfen uns, unsere Positionen weiter zu stärken. Wir nehmen deine Anliegen ernst – und wir werden sie durchsetzen. Jetzt heißt es: Zusammenstehen, stark bleiben und für unsere Rechte kämpfen!



Die BSBD Tarifvertreterinnen und -vertreter trafen sich im April im Hotel Park Soltau.

### Jetzt zählt dein Einsatz – gemeinsam kämpfen wir für echte Verbesserungen

Unsere Spezialisten des BSBD aus den Bundesländern arbeiten bereits mit Hochdruck an den entscheidenden Details unserer Forderungen. Wir geben uns nicht mit halben Lösungen zufrieden – wir fordern klare Verbesserungen.

Unsere Kernforderungen:

- ▶ Höhere Eingruppierung im AVD – E8/E9 ist das Ziel.

- ▶ Berufsunfähigkeitsversicherung – ein bindender Beschluss des letzten Bundesgewerkschaftstages, der umgesetzt werden muss.
- ▶ Einheitliche Eingruppierung im Sozialdienst – Ungerechtigkeiten zwischen den Bundesländern müssen endlich der Vergangenheit angehören.
- ▶ Schluss mit dem Boykott der TdL in der Tarifpflege – wir lassen uns nicht ausbremsen.

Jetzt liegt es an uns: Nur wenn wir entschlossen und gemeinsam auftreten, können wir echte Veränderungen bewirken. Die letzten Verhandlungen haben gezeigt, dass unser Engagement und unser Zusammenhalt Wirkung zeigen – die TdL hat unseren Einsatz mit Respekt wahrgenommen. Dieser Erfolg darf kein Einzelfall bleiben, sondern muss unsere gesamte Strategie prägen.

Es reicht nicht, bloß Forderungen zu stellen. Wir müssen aktiv werden, Flagge zeigen, Druck machen – jeder Einzelne zählt. Mach mit – dein Einsatz macht den Unterschied. Unser Erfolg ist deine Zufriedenheit. Deine Zufriedenheit ist unser Ansporn.

BSBD – Gemeinsam für eine starke Zukunft!



## Hat die Pflege in Deutschland noch eine Zukunft?

### Seminar für Senioren mit Jan Oliver Krzywanek

**Das Seminar für die Senioren fand zu dem Thema „Pflege“ statt. Ein sehr aktuelles Thema mit politischem Hintergrund. Ein Zitat von Oskar Wilde hatte der Bundesseminarleiter als Überschrift für seine Einladung zum Seminar gewählt. Dieses lautete: „Als ich jung war, habe ich geglaubt, dass Geld das Wichtigste im Leben sei. Jetzt bin ich alt und weiß es.“ Hintergrund dieser Überschriftenwahl war und ist die derzeitige und zukünftige Finanzierung der Pflege.**

Als Referenten für diese Problematik konnte der stellvertretende Geschäftsbereichsleiter Arbeit, Soziales, Wirtschaft, Frauen, Jugend und Senioren, Jan Oliver Krzywanek, hauptamtlicher Mitarbeiter des dbb in Berlin, gewonnen werden. Ein herausragender Fachmann und auch kompetenter Referent, der von Anfang an seine Zuhörer in den Bann zog. Neben den einzelnen Pflegestufen mit ihren finanziellen Ausstattungen und Möglichkeiten wurde auch der Weg dorthin für die Antragsteller vorgestellt. Die Teilnehmer stellten viele Fragen, auf die der Referent ausführlich einging. Insbesondere konnte Kollege Krzywanek auch seine persönlichen Erfahrungen im familiären Bereich mit der Pflege und deren „Fallstrick“ in die Diskussion einbringen.

Weitere Themen waren Demenz und Demenzformen. Auch hier informierte der Kollege vom dbb Berlin umfassend und nachhaltig. Das Symptombild der Demenz umfasst Einbußen an kognitiven, emotionalen und sozialen Fähigkeiten. Vor allem betroffen sind das Kurzzeitgedächtnis, das Denkvermögen, die Sprache und die Motorik: Bei einigen Formen kommt es auch zu Veränderungen der Persönlichkeit – so Wikipedia. Eine beginnende Demenz zu erkennen – so der Referent – ist schwierig. In kurzen Aufklärungsfilmen wurden die Anwesenden über Anzeichen einer beginnenden Veränderung bei einer Person informiert.

Bundesseminarleiter Winfried Conrad dankte dem Referenten ausdrücklich für den interessanten und informativen Vortrag. In seinem Vortrag griff Kollege Conrad noch einmal die Thematik des Seminars auf, inwieweit die Pflege noch eine Zukunft hat. Fakt sei – so Conrad –, wenn zeitnah die Politik nicht für finanzielle Sicherheit der Pflegekassen sorgt, haben wir in der Zukunft ein Problem: Bei einer alternden Gesellschaft ein Spiel mit dem Feuer.

Apropos Feuer. Kollege Ambrosius Luzius nutzte die Gelegenheit, auf ein weiteres Problem einer älter werdenden Gesell-



Referent Jan Oliver Krzywanek

schaft einzugehen. Themen seines Vortrages waren:

- Rauchmelder retten leben!
- Was machst Du, wenn's brennt?

Luzius regte an, auch in den Seniorenvertretungen der Landesverbände die Thematik aufzugreifen.

Winfried Conrad  
Bundesseminarleiter



Fotos: (2) Winfried Conrad

Gruppenfoto der Seminarteilnehmer



Öffentlicher Dienst

## BEI UNS ZÄHLT DAS FÜREINANDER

Gemeinsam stark  
seit 120 Jahren.




Von Beamten für Beamte gegründet,  
stehen wir seit 1905 für eine Gemein-  
schaft, die sich gegenseitig unterstützt.  
Unser Ziel: Für unsere Mitglieder da sein.



Versichern und Bausparen

## Studie zur Privaten Krankenversicherung: Debeka erneut mit bestmöglicher Bewertung ausgezeichnet

In einem Rating zur Privaten Krankenversicherung wurde die Debeka Krankenversicherung vom Branchendienst map-report erneut für „hervorragende Leistungen“ mit der bestmöglichen Bewertung mmm+ ausgezeichnet. Mit 85,70 von 100 möglichen Punkten landet das Unternehmen auf dem dritten Platz aller untersuchten Versicherer. Im Bereich Service erreicht die Debeka 29,10 von 30 möglichen Punkten und landet damit auf der Spitzenposition. Das PKV-Rating des map-reports liefert seit über 20 Jahren eine Analyse und eine umfassende Bewertung der Qualität privater Krankenversicherer anhand von Kennzahlen aus den Bereichen „Bilanz“, „Service“ und „Vertrag“. Es ist somit auch eine wichtige Entscheidungshilfe für Verbraucher bei der Wahl einer Privaten Krankenversicherung.

Die Studienautoren schreiben: „Die Debeka als bisheriger Seriensieger wurde ebenfalls mit der höchsten Bewertung mmm+ ausgezeichnet und erzielte insgesamt 85,70 Punkte. Seit 2021 liefern sich die Debeka, Signal Iduna und LVM ein Kopf-an-Kopf-Rennen um die beste Bewertung, das bis zu dieser Ausgabe ausschließlich zugunsten der Debeka ausging. Insofern dürften auch die kommenden Jahre spannend bleiben.“

„Auch das neue Rating des map-reports zeigt, dass es uns gelingt, unsere Mitglieder über Jahrzehnte hinweg auf höchstem Niveau zu bedienen. Wir wissen aber auch, dass wir dabei nicht nachlassen dürfen. Wir arbeiten täglich dafür, uns für unsere Mitglieder weiter zu verbessern“, sagt Thomas Brahm, Vorstandsvorsitzender der Debeka.

**DBV** Spezialist für den  
Öffentlichen Dienst

Für Beamt:innen

## Jeder Cent zählt – vor allem, wenn er geschenkt ist.

Auch kleine Beiträge summieren sich über die Zeit: Nutzen Sie das monatliche Geldgeschenk, das Ihnen Ihr Dienstherr zur Verfügung stellt. Die **DBV VL-Lebensversicherung** bietet Ihnen die passende Lösung für Ihren vermögenswirksamen Sparplan.

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie – persönlich in einer Agentur in Ihrer Nähe oder unter [dbv.de](https://www.dbv.de)



 [dbv.versicherung](https://www.dbv.versicherung)

**SONDERKONDITIONEN**

für Mitglieder der  
dbb Einzelgewerkschaften

Eine Marke der AXA Gruppe



# Aktuelle Lage in der Jugendanstalt Schleswig

## Chronik eines Vorkommnisses

Im Herbst 2024 wurde bekannt, dass zwei Mitarbeiterinnen der Jugendanstalt Schleswig über mehrere Monate ein (sexuelles) Verhältnis zu ein und demselben, anfangs minderjährigen, Gefangenen gehabt haben sollen. Besonders hervorstechend: Es handelt sich um die Abteilungsleiterin und die Abteilungspsychologin der dortigen sozialtherapeutischen Abteilung. Gegen beide wird wegen Bestechlichkeit ermittelt, gegen den Gefangenen wegen Bestechung.

### Was geschah in Schleswig?

Gegen beide Mitarbeiterinnen wurde unverzüglich, nachdem das Landeskriminalamt am 9. Oktober 2024 Hafträume und Büros der Jugendanstalt Schleswig durchsucht hatte, das Verbot des Führens der Dienstgeschäfte ausgesprochen. Der Vorfall versetzte die Beschäftigten der Jugendanstalt Schleswig zunächst in eine Art Schockstarre. Insbesondere in einer vergleichsweise kleinen behördlichen Organisationseinheit, wie die Jugendanstalt es ist, glaubt man doch, seine Kolleginnen und Kollegen zu kennen und vor allem ihnen vertrauen zu können. In den Köpfen der Mitarbeitenden entstanden viele Fragen – und kaum Antworten.

In den folgenden Monaten entstand ein regelrechter Medienrummel um den Vorfall. In der lokalen Tagespresse, in der BILD und auch in öffentlich-rechtlichen Medien dominierten Schlagzeilen wie: „Liebestrio im Knast“ oder „Sex-Skandal in Schleswig“. Im Vordergrund standen dabei die betroffenen Personen (neben den Mitarbeiterinnen auch der Gefangene) und über allem die Suche nach der, dem oder den Schuldigen. Eine derartige Ausschlichtung des Privatlebens der Mitarbeiterinnen und der Straftakte des Gefangenen durch mediale Aufmerksamkeit war im Land davor kaum zu beobachten. Dem BSBD Schleswig-Holstein war es ein Anliegen, mit einer Pressemitteilung unsere Sicht auf die Dinge darzustellen und den medialen Fokus auf ursächliche, strukturelle Probleme zu lenken – das ist uns gelungen!

Pressemitteilung des BSBD Schleswig-Holstein

**Ein Ereignis ist nicht planbar, wohl aber seine Bewältigung**

*Im Herbst letzten Jahres wurde bekannt, dass eine Vollzugsabteilungsleitung und eine Anstaltspsychologin der Jugendanstalt Schleswig ein Verhältnis mit einem (und demselben) Gefangenen haben bzw. gehabt haben sollen. Ihnen wurde Bestechlichkeit, dem Gefangenen Bestechung vorgeworfen. Erneut sehen sich Justizvollzugsbedienstete mit einem Skandal konfrontiert, über den in Teilen medial sehr reißerisch berichtet wird und der insgesamt auch ein schlechtes Bild auf die vollzugliche Arbeitsumgebung wirft. Viele im Vollzug Tätige werden von Menschen mit der Frage „Was ist denn eigentlich bei euch los?“ angesprochen und einige hoffen vielleicht dadurch, dass sie mehr Informationen als aus der Presse erhalten. Der Justizvollzug an sich interessiert sie dabei weniger als der momentane Skandal in all seinen Facetten.*

### Enormes mediales Interesse

*Die juristische und politische Aufarbeitung ist derzeit im vollen Gange, es bleibt aber ein schaler Beigeschmack zurück, da die unmittelbar und mittelbar Betroffenen – die Justizvollzugsbediensteten des Landes Schleswig-Holstein – nur unzureichende Informationen erhalten und teilweise erst aus der Presse erfahren müssen, wie es dazu gekommen ist und welche Maßnahmen ergriffen wurden. Es entsteht mittlerweile der Eindruck, als wäre das Krisenmanagement nur unzureichend und würde sich dabei (wieder) darauf beschränken, möglichst schnell die Schuldigen auszumachen, um dann wieder Ruhe einkehren zu lassen. Die Kollateralschäden werden ausgeblendet und die Chance auf eine grundlegende Aufarbeitung vergeben.*

*Diese Suche nach Schuldigen bestärkt nur die Dynamik, dass eine ganze Berufsgruppe öffentlichkeitswirksam unter Generalverdacht gestellt wird. Vorstöße und Anschuldigungen in den Medien, ob gegen Bedienstete oder behördliche Entscheidungsträger, ohne, dass alle Fakten auf dem Tisch liegen, schaffen (jedenfalls gefühlt) Tatsachen. Trotz allem gilt: Wenn es Kolleginnen und Kollegen gibt, die durch ihr Verhalten gegen Gesetze verstoßen oder die Integrität der Justiz und des öffentlichen Dienstes*

*infrage stellen, muss der Dienstherr reagieren!*

### Kein Tag ist wie der andere – Vorkommnisse sind Alltag im Vollzug

*Jedes Ereignis in einer Justizvollzugsanstalt gehört untrennbar zu der Identität dieser Institution und wird durch entsprechende Narrative am Leben gehalten. Alle dort tätigen Vollzugsbediensteten werden selber Teil dieser Geschichte – ob sie letztendlich dabei waren oder nicht spielt eher eine untergeordnete Rolle. Und natürlich wird nach einem Ereignis sehr schnell geprüft, ob neben personellen Veränderungen auch weitere organisatorische Maßnahmen erforderlich sind, um ähnliche Ereignisse zu verhindern. Dabei werden so manche Vorgaben mit der heißen Nadel gestrickt und sind in der Praxis kaum umsetzbar. Dabei sind Vorkommnisse in einer Justizvollzugsanstalt Teil der beruflichen DNA. Jede und jeder im Vollzug weiß, dass Vorfälle passieren können – nicht nur, weil es menschliches Versagen gibt, sondern weil es auch Vorgaben oder Entscheidungen gab, die einen Vorfall/Vorkommnis begünstigt haben.*

### Es bedarf eines Umdenkens bei der Aufarbeitung

*Was fehlt ist nicht nur eine systematische Analyse und Aufarbeitung der Vorkommnisse, sondern auch der Folgewirkungen und weiteren Konsequenzen im Rahmen des Krisenmanagements. Zum Teil müssen die Personen das Vorkommnis überprüfen, die auch Teil des Ereignisses sind, was ebenfalls zu weiterführenden Problemen oder auch Verneblungen führen kann. Externer Sachverstand würde in bestimmten Situationen nicht nur guttun, sondern eher dazu führen, dass keine Befürchtungen im Raum stehen, es werde an anderer Stelle gekungelt.*

*Und zu guter Letzt müssen auch die Auswirkungen auf die gesamte Organisation betrachtet werden, um Folge- und Spätschäden so gering wie möglich zu halten. Der jüngste Vorfall in der JA Schleswig zeigt erneut auf, dass die Kommunikation, insbesondere in der gebotenen Tiefe und Breite, zu verbessern ist. Alle Vollzugsbediensteten müssen denselben Informationsstand haben.*

*Dies gilt vor allem in der jeweils betroffenen Anstalt.*

*Die Thematik von Nähe und Distanz ist fortlaufend in den Berufsalltag mit einzubeziehen. Mitarbeitende müssen die Möglichkeit haben, Rückmeldungen geben zu können ohne Angst vor Denunziation oder Maßregelung. Der Umgang mit Rückmeldungen und Feedback muss ebenfalls Teil von Aus- und Fortbildungen werden, nicht nur in der LG 1.2, sondern auch in den LG 2.1 und 2.2. – denn die DSVollz gilt für alle im Vollzug tätigen Bediensteten.*

*Jede Vollzugsabteilung ist eine Behandlungseinheit. Auch hier müssen Möglichkeiten für die professionelle Klärung angeboten werden, dies gilt umso mehr in Behandlungseinheiten wie Sozialtherapien, Wohngruppenvollzug, Tagesklinik etc..*

*Führungskräfte, allen voran auch die Anstaltsleitungen, müssen befähigt werden, wie in solchen Situationen ein gutes und adäquates Krisenmanagement umgesetzt werden kann. Dazu gehört der Umgang mit Presse und Medien nach außen aber auch die Kommunikation nach innen.*

*Die Entwicklung von Standards in der Krisenbearbeitung muss in Abstimmung mit der Aufsichtsbehörde erfolgen. Dabei sollte auch in den jeweiligen Anstalten ein Personenkreis benannt werden, der bei einem Ereignis systematisch vorgeht und den Vorfall möglichst breit analysiert und Empfehlungen für (Gegen-) Maßnahmen entwickelt.*

*In der Regel geht es um mehr als um „die falsche Person am falschen Platz“, sondern auch um die institutionellen Rahmenbedingungen.*

*Wir als Gewerkschaft appellieren daher an unseren Dienstherrn, die Mitarbeitenden im Vollzug einzubeziehen und auch über den Vorfall hinaus stetig an der Entwicklung der Bearbeitung von Vorkommnissen und Ereignissen weiter zu arbeiten.*

### **Wenn ein Vorkommnis zur politischen Affäre wird**

Zwischenzeitlich wurde die Anstaltsleiterin der JA Schleswig aus Fürsorgegründen zunächst befristet für die Dauer von sechs Monaten an das Ministerium für Justiz und Gesundheit abgeordnet, nachdem auch sie in den Fokus der Presse gerückt war. Ihr wurde unterstellt, Hinweisen von Mitarbeitenden über distanzloses Verhalten der Abteilungsleiterin und der Psychologin nicht



*In der Jugendanstalt Schleswig: Die Stimmung unter den Bediensteten ist wegen einer Vielzahl besonderer Vorkommnisse ohnehin angeschlagen.*

hinreichend nachgegangen zu sein. Ihr Dienstposten wird solange kommissarisch von ihrem ständigen Vertreter, Thomas Dönitz, übernommen.

Mehrfach wurde Justizstaatssekretär Otto Carstens (CDU) in den Innen- und Rechtsausschuss des Landtages geladen, um den Abgeordneten Rede und Antwort zu stehen. Dem Protokoll des öffentlichen Teils der Ausschusssitzung vom 19. März 2025 ist zum entsprechenden Tagesordnungspunkt u.a. folgendes zu entnehmen: „Justizstaatssekretär Carstens berichtet, die Staatsanwaltschaft Kiel ermittle gegen drei Beschuldigte unter anderem wegen des Verdachts der Bestechlichkeit und der Bestechung. Es handele sich um ein laufendes Ermittlungsverfahren, sodass er in öffentlicher Sitzung nur allgemein informieren könne. Die Medienberichterstattung am heutigen Tage und in den letzten Wochen sei für die Kolleginnen und Kollegen in der Jugendanstalt Schleswig sehr belastend gewesen, es würden auf Grundlage nicht identifizierbarer Informationen Vorwürfe erhoben oder Mutmaßungen angestellt. Der Berichterstattung vom 4. März 2025 schein eine anonyme Information an verschiedene Medien zugrunde zu liegen. Die Berichterstattung vom 2. März 2025 beinhalte vermeintliche Auszüge aus Telefonprotokollen, die dem Ministerium nicht vorlägen. Dies mache es schwierig, hierauf zu reagieren und den Vorwürfen nachzugehen. An das Ministerium seien die Vorwürfe – zum Beispiel im Wege einer Dienstaufsichtsbeschwerde – nicht gericht-

tet worden. Eine derartige Dienstaufsichtsbeschwerde sei jedoch der einzig richtige Weg, wenn mögliche Missstände erkannt worden seien.“ Weiter führt Carstens aus, dass der Austausch zwischen dem MJG und der Anstaltsleitung intensiviert worden sei. Abläufe und Strukturen seien mit dem Ziel überprüft worden, Optimierungspotenziale festzustellen. Die Leitung der Sozialtherapeutischen Abteilung werde von zwei vollzugserfahrenen Kräften ausgeführt und das Thema Nähe/Distanz solle stärker forciert werden. Staatssekretär Carstens betont, dass die Situation und der öffentliche Fokus eine Belastung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darstelle – insbesondere, wenn diese unmittelbar durch die Presseberichterstattung betroffen seien. Dem Ministerium obliege die Aufklärung des Sachverhalts und etwaigen Fehlverhaltens.

Am 26. März 2025 folgte erneut ein medialer Knall: Staatssekretär Carstens stand in der Kritik, da er die Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft, trotz bestehender Möglichkeit, nicht anforderte und entsprechend nicht las. Von mangelndem Interesse bis lückenhafter Sachverhaltsaufklärung wurde Carstens vieles vorgeworfen. Kritik kam im Folgenden aus der Opposition, Bernd Buchholz (FDP) betitelte die Vorgehensweise als „sehr diffus und aufklärungsbedürftig“. Der SPD-Abgeordnete Marc Timmer setzte die aktuellen Entwicklungen deshalb erneut auf die Tagesordnung für die kommende Ausschusssitzung. In Vorbereitung luden Timmer und sein Fraktionskollege Niclas Dürbrook den BSBD-

Landesvorstand zu einem gemeinsamen Gespräch, um sich aus erster Hand über die aktuelle Lage und das Stimmungsbild in der Jugendanstalt zu informieren.

### **Austausch mit der SPD-Landtagsfraktion zur Situation in Schleswig BSBD Schleswig-Holstein im Dialog mit der Politik**

Am 8. April 2025 folgten Henry Malonn, Michael Hinrichsen und Andreas Block der Einladung des justizpolitischen Sprechers der SPD-Landtagsfraktion Marc Timmer zu einem Austausch zur aktuellen Situation in der Jugendanstalt Schleswig, die viele strukturelle Fragen für den Strafvollzug als Ganzes nach sich zieht. Beide Seiten erkennen Nachsteuerungsbedarf.

Die Vertreter des BSBD Schleswig-Holstein schilderten den Abgeordneten Marc Timmer und Niclas Dürbrook zunächst neben den aktuellen Zuständen in der Jugendanstalt, wie erheblich derartige Vorkommnisse das Betriebsklima in den Anstalten beeinflussen.

Wenn nicht hinnehmbare Distanzunterschreitungen zu Gefangenen wahrgenommen werden, befinden sich die Bediensteten regelmäßig in einer Art inneren Konflikt zwischen dem Melden des Vorfalls und dem Gefühl, durch das Melden bei Vorgesetzten Misstrauen zu schaffen oder schlussendlich selbst als unkollegial gelabelt zu werden. Deshalb brauchen wir in den Anstalten eine offener Gesprächskultur und ein besseres „Onboarding“ für Berufsanfänger und sog. Quereinsteiger aus allen Laufbahnzweigen, um ein angemessenes Nähe-Distanzverhältnis zu Gefangenen von Beginn an zu vermitteln. Ein „Unter den Teppich kehren“ entsprechender Wahrnehmungen schafft eine von Misstrauen geprägte destruktive Arbeits- und Anstaltskultur, die unserem gesetzlichen Auftrag entgegensteht.

Der BSBD erwartet hier Verbesserungen in der Jugendanstalt Schleswig und die Implementierung präventiver Maßnahmen in allen Anstalten – gesteuert durch das MJG! Durch einen Wechsel an der Spitze der Abteilung 2 im MJG (Strafvollzug u.a.) und einem damit einhergehenden Vakuum scheint eine mit Entschlossenheit verfolgte zentrale Steuerung derzeit schwierig. Mit Nachdruck wird sich der BSBD jedoch für die Forcierung nachhaltiger Maßnahmen einsetzen. Nicht ungenutzt ließen Henry Malonn, Michael Hinrichsen und Andreas Block



**Austausch zwischen BSBD und SPD-Landtagsfraktion (von links): Henry Malonn (BSBD), Marc Timmer (SPD, MdL), Michael Hinrichsen, Andreas Block (beide BSBD), Thorsten Pfau (SPD, Referent der Fraktion).**

die Möglichkeit des (anlassbezogenen) Gespräches, um auf weitere aktuelle Probleme im Vollzug aufmerksam zu machen. Die medizinische Versorgung in den Anstalten und die Justizvollzugschule wurden thematisiert. Einigkeit zwischen SPD und BSBD bestand darüber, dass mehr bzw. vereinfachte Laufbahndurchlässigkeit (zwischen allen Laufbahnen) bestehen muss, um bessere Karrierechancen zu schaffen. Insgesamt kann von einem konstruktiven Austausch in angenehmer Atmosphäre berichtet werden. Der BSBD ist bzgl. der weiteren Zusammenarbeit positiv gestimmt.

In der Ausschusssitzung am 9. April 2025 stellte Carstens klar: „Es ist weder üblich noch ist es sinnvoll, dass ich in meiner Funktion als Staatssekretär umfangreiche Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft aus einem laufenden Ermittlungsverfahren persönlich lese oder umfassende Aufzeichnungen möglicher Telefongespräche aus einem Ermittlungsverfahren persönlich abhöre“. Die Abgeordneten habe er umfassend informiert. Dabei betont er, dass er „dies wegen der laufenden staatsanwalt-schaftlichen Ermittlungen und der damit verbundenen Personalangelegenheiten nur in einem sehr engen Rahmen tun kann“.

### **Berichterstattung zur Ausschusssitzung**

Wieder folgte infolge der Ausschusssitzung umfangreiche Berichterstattung. Henry Malonn nutzte einen Beitrag im „Schleswig-Holstein-Magazin“ (NDR), um den Forderungen des BSBD aus entsprechender Pressemitteilung Nachdruck zu verleihen: „Es hätten externe Teams reingemusst, um den Vorfall aufzuklären und keine Personen, die wegen ihres Berufs schon dicht am Geschehen dran waren.“ Malonn fordert außerdem ein besseres „Onboarding“ für dienstjunge Führungskräfte und sog. Quereinsteiger, wie Psychologinnen und Psychologen es in der Regel sind. Wir erleben im Vollzug eine Abwanderung junger Führungs- und Fachkräfte, der es



**Wegen des Vorfalls im politischen und medialen Fokus: Justizstaatssekretär Otto Carstens (CDU)**

entgegenzuwirken gilt. Der BSBD Schleswig-Holstein wird hier am Ball bleiben und verstärkt gegenüber dem Ministerium auf Nachsteuerungsbedarf hinweisen. In den Anstalten brauchen wir eine noch bessere Feedback- und offenere Gesprächskultur. Standardisierte Supervisionsangebote könnten hierfür ein geeignetes Mittel sein. Verbesserungen bedürfen in vielerlei Hinsicht eines Umdenkens. Staatssekretär Carstens selbst kündigte an, durch Überprüfung der Strukturen Optimierungspotenziale feststellen zu wollen – jetzt heißt es also: Anpacken! Der BSBD begrüßt entsprechende Vorhaben und wird die weiteren Schritte konstruktiv gewerkschaftlich begleiten. ■



Fordert unter anderem ein besseres „Onboarding“ von Externen: Henry Malonn, BSBD Landesvorsitzender.

## Das Tarifergebnis zum TVöD wirft seine Schatten voraus

### Die Verhandlungen zum TV-L werden nicht einfacher

Nach zähem Ringen mit dem Verband kommunaler Arbeitgeber (VKA) und dem Bund haben die Tarifvertragsparteien auf Arbeitnehmerseite es geschafft, einen akzeptablen Kompromiss für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Geltungsbereich des TVöD herauszuholen. Die anfängliche Verweigerungshaltung der Arbeitgeberseite, in den Dimensionen sogar für dbb-Tarifchef Volker Geyer neu, gibt jedoch schon jetzt Anlass, uns für die „TV-L-Runde“ auf einen harten Herbst einzustellen. Durch das Tarifergebnis ist zusätzlicher Aufholbedarf für die Länder entstanden.

#### Das Tarifergebnis

„Meist fangen bei den Details ja die Probleme an. Beim Ergebnis heute ist es umgekehrt: Sehr wichtige Fortschritte stecken genau in diesen Details“, kommentierte dbb-Verhandlungsführer Volker Geyer die Einigung mit Bund und Kommunen am 6. April 2025 in Potsdam. Konkret gestalten sich die Eckpunkte der Einigung wie folgt:

##### Lineare Entgelterhöhungen

Ab dem 1. April 2025 steigen die Tabellenentgelte um zunächst 3 Prozent, min-

destens aber um 110 Euro. Das führt zu einer überproportionalen Erhöhung des Tabellenentgelts in Entgeltgruppen (EG) 1 bis 5 sowie in EG 6 bis zur Stufe 5, in EG 7 bis zur Stufe 4, in EG 8 bis zur Stufe 3, in EG 9a bis zur Stufe 2 und in EG 9b Stufe 1. So kommen im ersten Schritt Erhöhungen von bis zu 4,67 Prozent zustande. Zum 1. Mai 2026 steigen die Entgelte linear um weitere 2,8 Prozent. Die Laufzeit beträgt 27 Monate.

##### Mehr Arbeitszeitsouveränität

Auf betrieblicher Ebene soll durch Betriebs- oder Dienstvereinbarung ein Langzeitkonto vereinbart werden können. Das eingebrachte Wertguthaben soll zum Beispiel für Sabbaticals, eine Verringerung der Arbeitszeit, Freistellungen für Kinderbetreuungen und Pflege verwendet werden können.

Die Regelungen zur Gleitzeit sollen zukünftig genauer gefasst und eine Kapung von Stunden vermieden werden. Wenn ein Langzeitkonto eingerichtet ist, soll auch eine Übertragung von Plusstunden auf dieses Konto erfolgen können. Beschäftigte und Arbeitgeber können –

für beide Seiten freiwillig – vereinbaren, dass ab dem Jahr 2026 die wöchentliche Arbeitszeit auf bis zu 42 Stunden erhöht wird. Das kann für einen Zeitraum von bis zu 18 Monaten vereinbart werden. Die Beschäftigten erhalten dann das entsprechend erhöhte Entgelt, entsprechend erhöhte sonstige Entgeltbestandteile und einen Zuschlag für jede Erhöhungsstunde.

##### Instrumente zur Entlastung der Beschäftigten

Ab dem Jahr 2027 soll es einen zusätzlichen Urlaubstag für alle Beschäftigten (auch Auszubildende) im Geltungsbereich des TVöD geben.

Ab dem 1. Januar 2026 soll die Jahressonderzahlung („Weihnachtsgeld“) erhöht werden (Bund: EG 1 bis 8: von 90 auf 95 Prozent, EG 9a bis 12: von 80 auf 90 Prozent, EG 13 bis 15: von 60 auf 75 Prozent; VKA: 85 Prozent in allen EG, 90 Prozent in den EG 1 bis 8 in den Bereichen BT-K und BT-B).

#### Ein langer Weg bis dahin

Zunächst konnte keine Einigung zwischen den Tarifvertragsparteien erzielt werden,

sodass die Arbeitgeberseite die Verhandlungen für gescheitert erklärte und die Schlichtung einberief. Der ehemalige hessische Ministerpräsident Roland Koch (CDU) stand der Schlichtungskommission auf Arbeitgeberseite vor, ihm gegenüber stand der ehemalige Bremer Finanzstaatsrat Henning Lühr (SPD) auf Seiten der Gewerkschaften. Der dbb zeigte sich enttäuscht, dass die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des Bundes und der Kommunen nicht zu einer Einigung geführt haben. Auch aus Respekt vor den vielen Kolleginnen und Kollegen, die für unsere Forderungen gestreikt haben, konnten die unzureichenden Arbeitgebervorstellungen nicht mitgetragen werden.

Die Arbeitgeber ließen zwei Verhandlungsrunden ohne Angebot verstreichen. Die deshalb vergebene Note 2 für Ausdauer führte erwartungsgemäß aber nicht zu Applaus, sondern zu Pfiffen: Die Verweigerungshaltung der Arbeitgeber stößt auf komplettes Unverständnis.

Die schlechte Benotung des logischen Denkvermögens hatte jedoch einen anderen Grund: Die Arbeitgeber würden den Zusammenhang zwischen geringen Bewerberzahlen und unzureichenden Arbeitsbedingungen fortlaufend ignorieren. Schlechte Bewerberzahlen: ein Problem, welches der Vollzug nur zu gut kennt. Gerade, um auch im öffentlichen Dienst als Ganzes konkurrenzfähig zu bleiben, bedarf es einer Nachsteuerung im TV-L.

### dbb sh: Einkommen der Landesbeschäftigten müssen nachziehen

Nachdem bei den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten beim Bund und bei den Kommunen ein Ergebnis erzielt wurde, ist unter anderem beim Einkommen ein zusätzlicher Nachholbedarf auf Länderebene entstanden. „Weder dürfen die dort Beschäftigten finanziell benachteiligt sein, noch sollten die entsprechenden Arbeitgeber bei der Personalgewinnung und -bindung das Nachsehen haben“, sagt dbb-Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp. Er sieht das Land aber auch mit Blick auf die Beamtinnen und Beamten besonders in der Pflicht.

Denn der erreichte Tarifabschluss, den auch der dbb als Tarifvertragspartei verantwortet, sieht unter anderem eine für viele Entgeltgruppen deutliche Anhebung des Weihnachtsgeldes vor. Hier werden künftig zwischen 75 und 95 Prozent (Bund) beziehungsweise 85 Prozent (Kommunen) gezahlt. Dort haben die Arbeitgeber offenbar verstanden, dass das Weihnachtsgeld einen hohen Wert hat und dass unzureichen-



Stimmt ein auf mögliche Protestaktion im Herbst: dbb Landesjugendleiterin Sina Wohlauf präsentiert der Arbeitgeberseite ein „Zeugnis“:

de Zahlungen einen Wettbewerbsnachteil darstellen. Davor kann auch das Land Schleswig-Holstein nicht länger die Augen verschließen und darauf setzen, dass Entscheidungen in den vom dbb sh ausgelösten Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht weiter auf sich warten lassen.

Die Arbeitgeber der Länder pochen weiterhin auf eigene Tarifrunden. Deshalb ist keineswegs gesichert, dass die jetzt erzielten Ergebnisse bei Bund und Kommunen auch für die Länder vereinbart werden. Es ist davon auszugehen, dass um jeden Euro gekämpft werden muss. Folgerichtig ist, dass bereits Termine für die Verhandlungen abgestimmt wurden. Zunächst werden am 22. September die Forderungen beschlossen.

### Tarifergebnisse gehen uns alle an – auch den Vollzug

Der BSBD organisiert strukturgemäß mehrheitlich Beamtinnen und Beamte, die schlussendlich von den Tarifergebnissen profitieren. Tarifabschlüsse ziehen regelmäßig eine Besoldungsanpassung nach

sich, die so auch kein Selbstläufer ist! Das für die Landes- und Kommunalbeamtinnen und -beamten zuständige Land Schleswig-Holstein orientiert sich insbesondere an den Tarifergebnissen für die Länder.

Unser Ziel sind gute Arbeits- und Einkommensbedingungen für die Beschäftigten aller staatlichen Ebenen. Keine Gruppe darf abgehängt werden. Deshalb ist es gut, dass der dbb für seine Mitgliedsgewerkschaften sowohl Tarifvertragspartei ist als auch die beamtenrechtlichen Beteiligungsverfahren absolviert, was auf Länderebene den dbb Landesbünden obliegt. Ohne den BSBD und seine Präsenz in den Tarifverhandlungen würde der Vollzug dabei schnell in Vergessenheit geraten. Strukturelle Verbesserungen für Berufe im Vollzug – etwa die Einführung der Pflegezulage für unsere Bediensteten in den medizinischen Abteilungen – erfordern Beteiligung. Deshalb jetzt schon der Aufruf: Beteiligt euch!

Henry Malonn  
BSBD Landesvorsitzender



BSBD Schleswig-Holstein: schon 2023 auf der Protestaktion des dbb sh stark vertreten.

## Versorgungsausgleich vor der Regelsaltersgrenze?

### Das muss nicht sein!

Ihr seid im allgemeinen Vollzugsdienst mit der besonderen Altersgrenze 62, geht bald in den Ruhestand und müsst Versorgungsausgleich zahlen? Das muss nicht sein! Ihr könnt dieses Geld fünf Jahre lang sparen.

Das gilt jedoch nur für Beamtinnen und Beamte mit besonderer Altersgrenze. Der Gesetzgeber geht grundsätzlich vom Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze (67 Jahre) aus. Das ist der Zeitpunkt, an dem Ihr die volle Pension, oder aber neben der Pension Ansprüche aus der gesetzlichen Rentenversicherung in Anspruch nehmen könnt. Hier besteht eine Lücke zwischen der besonderen und der Regelaltersgrenze. Diese hat der Gesetzgeber geschlossen. Das Versorgungsausgleichsgesetz ermöglicht eine vorübergehende Korrektur des Kürzungsbetrags. Das bedeutet, auf eigenen Antrag (Antragstellung erforderlich!) kann die Zahlung des Versorgungsausgleichs vom 62. bis zum 67. Lebensjahr ausgesetzt werden. Ein Antrag auf Anpassung kann frühestens drei Monate vor Beginn des Ruhestandes beim Dienstleistungszentrum Personal gestellt werden.

#### Rechtsgrundlagen

*Grundsatz: § 68 SHBeamtVG (Kürzung des Ruhegehalts aufgrund von Ehescheidung)*

*Die Kürzung der Versorgungsbezüge beginnt mit dem Beginn des Ruhestandes, soweit die Entscheidung über den Versorgungsausgleich im aktiven Dienst rechtskräftig geworden ist. Der Kürzungsbetrag errechnet sich aus dem vom Familiengericht festgestellten monatlichen Ausgleichsbetrag. Die seit dem Ende der Ehezeit eingetretenen Erhöhungen oder Verminderungen der beamtenrechtlichen Bezüge sind zu berücksichtigen.*

*§ 35 Abs. 1 VersAusglG (Anpassung wegen Invalidität der ausgleichspflichtigen Person oder einer für sie geltenden besonderen Altersgrenze)*

*Solange die ausgleichspflichtige Person eine laufende Versorgung wegen Invalidität oder Erreichens einer besonderen Altersgrenze erhält und sie aus einem im Versorgungsausgleich erworbenen*

Formulierungsvorschlag

An das  
Dienstleistungszentrum Personal  
Schleswig-Holstein (DLZP)  
Gartenstraße 6  
24103 Kiel

Max Mustermann  
Pers. Nummer xx xx xxx

**Antrag auf Aussetzung des Versorgungsausgleichs nach §35 VersAusglG**

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit beantrage ich die Aussetzung meines Versorgungsausgleichs bei Eintritt in den Ruhestand am xx.xx.xxxx.

Zur Begründung:  
Ich bin Justizvollzugsbeamter/in im allgemeinen Vollzugsdienst und unterliege der besonderen Altersgrenze.

Mit freundlichen Grüßen

Max Mustermann

*Anrecht keine Leistung beziehen kann, wird die Kürzung der laufenden Versorgung auf Grund des Versorgungsausgleichs auf Antrag ausgesetzt.*

### Anpassung wegen Tod der ausgleichsberechtigten Person

§§ 37, 38 VersAusglG

Die Kürzung der Versorgung aufgrund des Versorgungsausgleichs fällt nur dann weg, wenn der oder die Ausgleichsberechtigte die Leistung aus dem Versorgungsausgleich nicht länger als 36 Monate bezogen hat. Leistungen an Hinterbliebene sind un-

schädlich, es kommt ausschließlich darauf an, ob die ausgleichsberechtigte Person selbst Leistungen erhalten hat. Der Antrag auf Wegfall der Kürzung ist beim Träger der Beamtenversorgung, dem Dienstleistungszentrum Personal des Landes Schleswig-Holstein, zu stellen. Antragsberechtigt ist nur die ausgleichspflichtige Person, nicht jedoch deren Hinterbliebene. Die Anpassung wirkt ab dem ersten Tag des Monats, der auf die Antragstellung (beim Dienstleistungszentrum Personal) folgt.

Michael Hinrichsen  
Stv. BSBD Landesvorsitzender

## Zwei Stühle auf derselben Seite des Tisches

### Henry Malonn (BSBD) und Ute Beeck (GdP) treffen Staatssekretär Carstens

Die Spitzen beider großen im Vollzug des Landes Schleswig-Holstein vertretenen Gewerkschaften (Henry Malonn, BSBD-Landesvorsitzender; Ute Beeck, Vorsitzende der GdP Regionalgruppe Justizvollzug) folgten am 16. April 2025 der kurzfristigen, auf Anfrage erfolgten, Einladung des Justizstaatssekretärs Otto Carstens (CDU). Anlass waren zwei konkrete organisatorische Problematiken, die alle Beschäftigten des Vollzuges – damit auch beide Gewerkschaften – umtreiben.

#### Übernahme von Anwärter\*innen in das Beamtenverhältnis auf Probe

Ver mehrt wurden Anwärterinnen und Anwärter des allgemeinen Vollzugsdienstes nach Bestehen der Laufbahnprüfung nicht in das Beamtenverhältnis auf Probe übernommen. Grund dafür waren Fehlzeiten infolge von Krankheit. Seit Inkrafttreten des Erlasses zur Delegation von Personalbefugnissen am 1. Januar 2024 beobachten wir verstärkt abweichende Einzelfälle. Während in einer Anstalt beispielsweise 51 Fehltag e zur Nichtübernahme führten, standen wesentlich höhere Fehlzeiten einer Ernennung zum Beamten auf Probe in einer anderen Anstalt nicht entgegen. Hier wünschen wir uns, trotz oder gerade wegen der Delegation der Personalbefugnisse, eine bessere Steuerung durch das MJG. Personalentscheidungen derartiger Tragweite können bei Landesbeamten nicht von der Einstellungsbehörde abhängen! Es bedarf verbindlicher Kriterien für die Entscheidung der (Nicht-)übernahme und damit Verbindlichkeit für die Kolleginnen und Kollegen. Die Entscheidung muss den Betroffenen rechtzeitig mitgeteilt werden. Aus der JVA Neumünster sind uns beispielsweise Fälle bekannt, in denen Anwärtern die Nichtübernahme in das Beamtenverhältnis auf Probe ohne Weiterbeschäftigungsmöglichkeit im Tarifverhältnis erst zwei (!) Tage vor der mündlichen Prüfung eröffnet wurde.

#### Delegationserlass Justizvollzug

Der Erlass zur Übertragung personalrechtlicher Befugnisse im Bereich der Justizvollzugseinrichtungen des Landes Schleswig-Holstein (II 213/ 4403-97-) dient dem Ziel, den JVA'en als personalbearbeitende Dienststellen mehr Selbstbestimmung und



Mit Staatssekretär Carstens (links) trafen sich Ute Beeck (GdP) und Henry Malonn (BSBD).

Eigenverantwortlichkeit bei personellen Entscheidungen einzuräumen. Während viele Entscheidungen bis zum Inkrafttreten am 1. Januar 2024 dem MJG oblagen, wurde die Personalbewirtschaftung nunmehr dezentralisiert. Sämtliche Personalbefugnisse für Beamtinnen und Beamten der Laufbahngruppe 1 sind jetzt in den unteren Landesbehörden angesiedelt – so auch Neueinstellungen und Entlassungen aus dem Beamtenverhältnis (letztere mit Zustimmungsvorbehalt des MJG).

Es ist eine ständige Evaluierung des Erlasses vorgesehen. Insbesondere ist fraglich, ob eine einseitige Mehrbelastung der Verwaltungsabteilungen und der örtlichen Personalräte der JVA'en ohne Kompensierung im Sinne einer Erhöhung des Stellensolls erfolgt. Die Evaluation erfolgt unter Einbeziehung aller Personalvertretungen – vor Ort und in der Stufe – und wird von uns gewerkschaftlich begleitet.

#### Personalsituation in der Laufbahngruppe 2 in Glückstadt und Schleswig

Weiteres Thema des Gespräches: In der Jugendanstalt Schleswig und der Abschiebungshafteinrichtung Glückstadt herrschen Personalgewinnungsprobleme in der LG 2, 1. Einstiegsamt. In Schleswig sind perspektivisch 3/5 VAL-Stellen unbesetzt, in Glückstadt mehrere Stellen in der Leitungsebene (Vertretung der Einrichtungsebene, Verwaltungsdienstleitung, Leitung der Hauptgeschäftsstelle). Aussichten für Stellennachbesetzungen unter Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Einarbeitung durch erfahrene Kräfte bestehen nach

übereinstimmender Einschätzung beider Gewerkschaften derzeit kaum. In der Jugendanstalt sind außerdem mehrere Stellen im psychologischen Dienst vakant.

Carstens sprach sich für freiwillige Unterstützung durch Bedienstete aus. Wer helfen möchte und im Rahmen einer Abordnung an der Jugendanstalt oder der Abschiebungshafteinrichtung aushelfen wolle, möge sich gerne bei ihm persönlich melden. Dieser Weg dürfte unserer Einschätzung nach nur sehr wenigen Kolleginnen und Kollegen geläufig sein. Wir regten stattdessen landesweite Interessenbekundungsverfahren für die Laufbahngruppe 2, 1. EA oder befristete Ausschreibungen an. Interessierte Kolleginnen und Kollegen könnte man dann ergänzend motivieren, zeitlich befristet in der Abschiebungshafteinrichtung oder der Jugendanstalt zu unterstützen.

Otto Carstens möchte sich beiden Problemen annehmen und mit der Abteilung 2 (Vollzug, u.a.) des MJG Lösungsmöglichkeiten erörtern und schlussendlich auf den Weg bringen. Man könnte fast von „drei Stühlen auf derselben Seite des Tisches“ sprechen – wenn jetzt Lösungen folgen. Nach dem Gespräch herrschte Einigkeit: Auch, wenn die in unterschiedlichen Dachverbänden (GdP im DGB und BSBD im dbb) aufgehobenen Gewerkschaften in übergeordneten Fragen vieles trennt, sind wir in berufspolitischen Belangen, wo Einigkeit herrscht, noch stärker, wenn wir gemeinsam im Sinne der Sache für alle Beschäftigten des Vollzuges eintreten!

Henry Malonn  
BSBD Landesvorsitzender

## Personalsituation in der Laufbahngruppe 2

### Ständiger Fluktuation muss strukturell begegnet werden

Die Frage ist nicht nur, wie wir Personal gewinnen, sondern wie wir es auch halten können. Der Fachkräftemangel betrifft auch die personelle Besetzung in den LG 2.1 und 2.2 in den Justizvollzugsanstalten des Landes Schleswig-Holstein.

#### Abwanderungstendenzen muss entgegengewirkt werden

Die bereits seit einigen Jahren festgestellte Fluktuation auf der Ebene der LG 2.1 ist auch zum Teil in der LG 2.2 festzustellen (insbesondere im Psychologischen Dienst). Daneben werden neue Bereiche geschaffen (wie z.B. die Einrichtung einer EFS-Abteilung in der JAA Moltsfelde) ohne dass es dafür entsprechendes Personal gibt. Diese Vakanzen sollen dann zum Teil mit Personen aus anderen Anstalten aufgefüllt werden. Doch keine Justizvollzugsanstalt des Landes kann von sich behaupten, dass sie zu viel Personal hat, um ohne Weiteres auch Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter abzugeben. Egal, an welchem Ende der Decke gezogen wird – sie ist einfach zu kurz.

Die fehlende Wettbewerbsfähigkeit – nicht nur mit der sogenannten freien Wirtschaft – und die Konkurrenz mit anderen Stellen im Öffentlichen Dienst erschweren bereits die Nachwuchsgewinnung. Doch wieso gehen auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich mal für eine Tätigkeit im Justizvollzug entschieden haben? Diese Frage scheint niemand zu stellen – dabei wäre es wichtig zu erfahren, was hier die Motivation sein könnte, um gegebenenfalls gegenzusteuern.

#### Verbesserte Aufstiegsmöglichkeiten erforderlich

In der Laufbahngruppe 2.1 kann die fehlende Entwicklungs- und Aufstiegsperspektive sowie die Arbeitsbelastung in den Justizvollzugsanstalten benannt werden. Fähige Kräfte müssen sich, sofern sie nicht eine Funktionsstelle innehaben, für eine Beförderung nach A 12 aus der Anstalt begeben. Eine Beförderung nach A 13 scheint schier unmöglich, da nicht jede und jeder Verwaltungsdienstleitung werden kann oder möchte. Die Position einer Vollzugsleitung ist in der Regel der Laufbahngruppe 2.2



(bis auf einige Ausnahmen) vorbehalten und daher gibt es auch keine Möglichkeit, für erfahrene Vollzugsabteilungsleitungen, sich beruflich weiter zu entwickeln.

Hier könnte durchaus mal über eine Quotierung oder auch über feste Stellen pro Anstalt nachgedacht werden, die der LG 2.1 diese Position ermöglichen würden. Gleiches gilt für Aufstiegsmöglichkeiten. Die Justizvollzugsanstalten scheinen abgekoppelt zu sein von der Möglichkeit, fähigen und ambitionierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch diese berufliche Entwicklung zu ermöglichen.

#### Strukturelle Lösungen gefragt

Es fehlt einfach an einer standardisierten Personalentwicklung. Ein wenig drängt sich der Eindruck auf, dass – wenn die Personen mal „an Bord“ sind bzw. vakante Stellen besetzt wurden – eine Art Stillstand eintritt. Dies mag auch daran liegen, dass innerhalb der Anstalten nicht allzu viel in dieser Hinsicht entwickelt werden kann, denn die Stellen und Funktionen sowie die Vorgaben geben dies nicht ohne Weiteres her.

Nach wie vor beruft man sich auf die Org-JVA aus dem Jahr 1985 (!), die schon seit langem nicht mehr die Aufgaben und Zuständigkeiten der im Vollzug Tätigen gut abbildet. Sie wirkt eher lähmend und in ihr ist nicht ein einziges Wort über Perso-

nalführung o.ä. zu lesen. Auch der Erlass über die Kompetenzübertragung – der die Übertragung von Aufgaben der Vollzugsleitungen auf die Vollzugsabteilungsleitungen beinhaltet – hat nicht zu einer strukturellen Verbesserung geführt. Eine Tätigkeit in einer Justizvollzugsanstalt ist zudem sehr fordernd, wenn diese dann im schlechtesten Fall auch noch mit A 11 bis zum Eintritt in den Ruhestand besoldet wird, dann darf man sich nicht wundern, wenn gute und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter rechtzeitig nach anderen Positionen Ausschau halten. Bedienstete in anderen Behörden können durchaus darauf vertrauen, dass sie (nicht nur theoretisch) ihr Endamt auch erreichen können.

#### Gleiches gilt für den höheren Dienst

In der Laufbahngruppe 2.2 fehlt es ebenfalls oft an Entwicklungsmöglichkeiten. Bei den Vollzugsleitungen gibt es vielleicht noch die Möglichkeiten, über die Position der Vertretung der Anstaltsleitung oder als Leitung einer Sozialtherapeutischen Abteilung, einer weiteren Beförderung oder besonderen Aufgabe – für den Psychologischen Dienst hingegen, der nicht in der Linie, sondern als Fachdienst, tätig ist, gilt dies nicht. Es gibt hier nur eine Beförderung nach A 14. Dadurch, dass es in Schleswig-Holstein erst seit einigen Jahren wieder einen Psychologischen Fachdienst gibt,

scheint hier ebenfalls ein vermehrter Entwicklungsbedarf über die Ausgestaltung der Laufbahn zu bestehen.

Neben der Beförderungssituation sind insbesondere auch die Aufgaben sowie die Qualifizierungs- und Entwicklungsmaßnahmen zu betrachten. Die Umsetzung von Zusatzausbildungen scheint sich schwierig zu gestalten, sie wird – wenn überhaupt – nur zögerlich in Betracht gezogen, sodass einige Bedienstete den Justizvollzug auch wieder verlassen.

### BSBD liefert Vorschläge

Wir fordern daher:

- ▶ Die Überarbeitung der Besoldungsstruktur in den Justizvollzugsanstalten für die LG 2.1 und 2.2. Insbesondere bedarf die analytische Dienstpostenbewertung einer Überprüfung. Höherwertige Tätigkeiten müssen sich in einer funktionsgerechten Besoldung widerspiegeln.

- ▶ Die Schaffung einer Stelle für strategische Personalplanung und -entwicklung im MJG. Dem Problemfeld kann in angemessener Weise nicht „nebenbei“ parallel zu den laufenden Aufgaben abgeholfen werden. Mit einer eigenen Stelle würde man dem – ähnlich wie jüngst mit der Etablierung einer Stelle für einen Arbeits- und Organisationspsychologen – angemessen begegnen.
- ▶ Die Initiierung einer Organisationsentwicklung über die Aufgaben und Funktionen innerhalb der Justizvollzugsanstalten mit den Anstaltsleitungen
- ▶ Möglichkeit einer Zusatzausbildung für den Psychologischen Dienst auch innerhalb des Vollzuges
- ▶ Aufstiegsmöglichkeiten für Bedienstete der LG 2.1 (insbesondere bei den Anstaltsleitungen, Vollzugs- und Verwaltungsdienstleitungen sowie bei be-

sonders befähigten Vollzugsabteilungsleitungen)

- ▶ Ein Rückmeldesystem auch beim „Off“-Boarding, um die Erkenntnisse für die Kündigung auch für künftige Entwicklungen nutzen zu können

Nur wenn die Aufsichtsbehörde mit den Anstaltsleitungen in einen Prozess der Personal- und Organisationsentwicklung geht, können sich die Rahmenbedingungen für die Bediensteten im Justizvollzug ändern. Wer nämlich möchte, dass gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bleiben, muss an den Strukturen, Aufgaben und Entwicklungsmöglichkeiten was ändern.

Nicole Knapp

Stv. BSBD-Landesvorsitzende

## Anwärterinnen und Anwärter nach bestandener Prüfung ernannt

### BSBD gratuliert den Kolleginnen und Kollegen

**Am 28. März 2025 wurden Anwärterinnen und Anwärter der Laufbahn des allgemeinen Vollzugsdienstes nach bestandener Laufbahnprüfung unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe zu Justizhauptsekretärinnen bzw. Justizhauptsekretären ernannt.**

Im Rahmen des Festakts im Boostedter Lokal „Hof Lübbecke“ betonte Staatssekretär Carstens in seiner Festrede, dass die Anforderungen an das Berufsbild von Bediensteten im allgemeinen Vollzugsdienst stetig steigen und die anspruchsvolle Ausbildung sie auf diese Aufgaben bestens vorbereite. Carstens beglückwünschte und ernannte die Kolleginnen und Kollegen. Als Lehrgangsbeste wurde unsere BSBD-Kollegin Paulina Freese (JVA Neumünster) geehrt. Die im BSBD organisierten Kolleginnen und Kollegen wurden am Rande des Festakts durch den Landesvorsitzenden Henry Mallonn mit einem Gutschein als Anerkennung für die während des Vorbereitungsdienstes erbrachten Leistungen und die in Kauf genommenen Entbehrungen prämiert. Wir wünschen euch viel Erfolg in eurer beruflichen Laufbahn. Der BSBD wird weiterhin als starker Partner an eurer Seite stehen! ■



*Sie haben es geschafft: Herzlichen Glückwunsch an die Kolleginnen und Kollegen!*

## Der Ortsverband Lübeck wächst

### Jahreshauptversammlung in toller Atmosphäre

Der Ortsverband Lübeck hatte am 4. April 2025 zur Jahreshauptversammlung eingeladen, zu der die Mitglieder sehr zahlreich erschienen.

Traditionell fand diese im Restaurant „Segelbrise“ – malerisch an der Trave gelegen – im Lübecker Stadtteil Schlutup statt. Die Vorsitzende Sandra Topke berichtete über verschiedene aktuelle Themen, der Kassenwart Marc Aniol legte den Kassenstand dar und gab den nun vollzogenen Wechsel zur BB-Bank bekannt. Hier gestaltet sich das Einzugsverfahren noch als schwierig, Marc Aniol wird hierzu noch gesondert eine Mitteilung an die Mitglieder herausgeben.

Landesvorsitzender Henry Malonn berichtete nach dem gemeinsamen Essen über zahlreiche Themen und aktuelle Geschehnisse, die den Landesvorstand bewegen und sprach über die Pressearbeit des BSBD. Es folgte ein Austausch mit reger Beteiligung und wichtige Themen wurden eifrig diskutiert. Die Mitglieder des Ortsverbandes bewegte insbesondere die Neueregulierung zur Wechselschicht und den für viele damit verbundenen Entfall der Stundenreduzierung. Abschließend fand die Wahl der Kassenprüfer statt. Sylvia Neuendorf und Christian Garreis wurden gewählt.

Insgesamt können wir von einer tollen Veranstaltung mit sehr hoher Beteiligung berichten und freuen uns auf die nächste Zusammenkunft des Ortsverbandes.

Sandra Topke  
Ortsverbandsvorsitzende



Hohe Beteiligung und gute Gespräche auf der Jahreshauptversammlung: der BSBD Ortsverband Lübeck



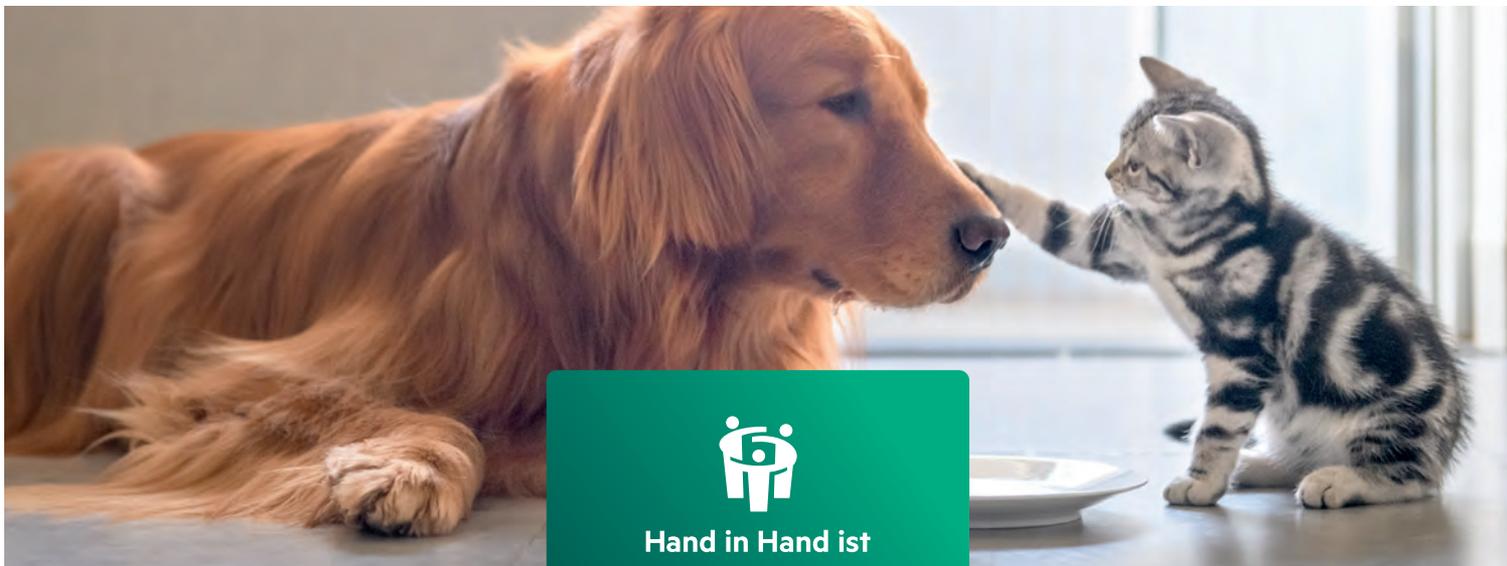
Der Vorstand (von links) Sandra Topke (Ortsverbandsvorsitzende), Sven Schwartz, Volker Marquardt, Marc Aniol, Henry Malonn (Landesvorsitzender)

Aus dem Vollzug, für den Vollzug

**BSBD**

Bund der Strafvollzugsbediensteten  
Deutschlands

[www.bsbd.de](http://www.bsbd.de)



  
Hand in Hand ist  
**HanseMerkur**

## Sicherheit für alle Felle – die Tierversicherung für Hund und Katze

Unsere Haustiere sind Familienmitglieder – und genau wie wir können sie krank werden oder einen Unfall haben. Während unsere Behandlungskosten meist von der Krankenversicherung übernommen werden, zahlen Tierhalter selbst.

Fast die Hälfte aller Hunde und Katzen benötigt mindestens einmal im Leben eine OP. Neben den Eingriffskosten fallen weitere Ausgaben für den Aufenthalt und die Nachsorge an. Eine OP-Versicherung bietet hier finanzielle Sicherheit. Auch Routinebesuche beim Tierarzt summieren sich: Die häufigste Leistung ist die „Allgemeine Behandlung mit Beratung“. Eine Tierkrankenversicherung deckt neben Operationen auch diese Kosten ab.

Das Beste: Eine gute Versicherung muss nicht teuer sein. Lassen Sie sich unverbindlich beraten und finden Sie die optimale Absicherung für Ihr Haustier.

- ✓ Alle Hunderassen versicherbar
- ✓ Bis zum 4-fachen GOT-Satz
- ✓ Freie Tierarzt- und Klinikwahl
- ✓ Auf Wunsch mit Zahn-Baustein
- ✓ Individuelle Beratung
- ✓ Schnelle, digitale Erstattung



**Ihr Ansprechpartner für den Strafvollzug  
Generalvertreter Bastian Wartenberg**

Telefon 0176-66802225  
bastian.wartenberg@hansemerkur.de  
www.hansemerkur.de/bastian.wartenberg

**Gleich online  
abschließen!**

